

**Stadt Karlsruhe  
- Ortsverwaltung Neureut -**

## Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **16. Juni 2020** (Beginn **18.10** Uhr; Ende **20.40** Uhr)

in **Badnerlandhalle Neureut, Rubensstr. 21**

---

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Achim Weinbrecht**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **19** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

**Thomas Metzger (V)**

Schriftführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Thomas Jäger  
Rechnungsamtsleiter Axel Grether  
Bauamtsleiterin Patricia Lüking**

**Zu TOP 1:** **Karin Lorenz, Stadtplanungsamt**

**Zu TOP 2:** **Dr. Ing. Sebastian Homuth, Deutsche  
Erdwärme**

**Viola Schruff, Stadtplanungsamt**

---

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass  
1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **05.06.2020** ordnungsgemäß eingeladen, und  
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **10.06.2020** ortsüblich  
bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:  
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen  
Tagesordnungspunktes festgestellt.

\*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert  
mit Entschuldigung, (U) = unentschuldig ferngeblieben, angegeben.

**Zu Punkt 1 der T.O.: Städtebaulicher Rahmenplan Neureut Zentrum III**

- **Zustimmung zum Rahmenplan**
- **Einleitung des Bebauungsplanverfahrens**

Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende **Karin Lorenz** vom **Stadtplanungsamt** recht herzlich.

Einleitend betont er, dass der Rahmenplan einen Meilenstein in der städtebaulichen Entwicklung von Neureut bedeute. Bereits vor Jahrzehnten wurde das Zentrum III als Baufläche geplant, nun sei eine Realisierung greifbar nahe – jedoch nicht mit den Erwartungen, die man vor rund 40 Jahren gehabt habe. Damals wünschte man sich 1-2 Familienhäuser mit einem schönen, kleinen Gärtchen – eben genau so, wie es in vielen Teilbereichen von Neureut üblich war und heute noch sei.

Der übergroße Bedarf an Wohnbauflächen für Karlsruhe und für Neureut und die wenigen Ressourcen an vorhandenen Flächen zwingen jedoch, nunmehr überwiegend Mehrgeschosswohnungen vorzusehen.

Der Siegerentwurf des Rahmenplanwettbewerbes, der mit einem Bürgerbeteiligungsverfahren gekoppelt war und ist, hat bereits im Ortschaftsrat seine Zustimmung gefunden. Er wurde nun gemäß des Wunsches vom Neureuter Ortschaftsrat und der Wettbewerbsjury fortgeschrieben, überarbeitet und liegt heute vor. Die Inhalte des fortgeschriebenen Rahmenplanes seien in einem Arbeitsgespräch mit Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup sowie der Leiterin des Stadtplanungsamtes, Prof. Dr. Anke Karmann-Wössner mit dem Ortschaftsrat besprochen und diskutiert worden.

Man sei, so der Vorsitzende weiter, in diesem Arbeitsgespräch übereingekommen, dass im formellen sich anschließenden Bebauungsplanverfahren einzelne Quartiere oder Teilbereiche in Bezug auf Gebäudehöhen und -typologien noch einmal überprüft und angepasst/modifiziert werden können. Dieses Ergebnis des Arbeitsgespräches wurde exakt so in die vorliegende Beschlussvorlage eingearbeitet. Bedauerlicherweise wurde dem Ortschaftsrat diese Beschlussvorlage erst gestern Abend zugestellt.

Die Fraktionen haben sich intensiv mit dem Thema befasst und in jeweiligen Arbeitspapieren Anmerkungen, Anregungen, Wünsche und Machbarkeitsüberprüfungen zusammengestellt. Diese Arbeitspapiere möchten Ortschaftsrat und Ortsverwaltung dem Stadtplanungsamt schriftlich übergeben und um Bearbeitung, Bewertung und Beantwortung an den Ortschaftsrat vor der Einleitung des Bebauungsplanverfahrens bitten und auffordern, macht der Vorsitzende deutlich.

Anschließend präsentiert **Karin Lorenz** vom **Stadtplanungsamt** die Grundzüge der Planung sowie die wesentlichen Fortschreibungs- und Überarbeitungsthemen.

Anhand von Plänen, Graphiken und Bildern zeigt sie dabei unter anderem Infrastruktureinrichtungen, Erschließung/Mobilität, Parkierung/Tiefgaragen, Freiraum-Differenzierung, Entwässerungskonzept sowie städtebauliche Kennzahlen, Darstellungen zur Bevölkerungsdichte bzw. die daraus resultierenden Geschosshöhen auf. Dies sei intensiv diskutiert worden und zur Visualisierung sind 3 D Modelle gebaut worden. Ursprünglich hatte der Sieger des Wettbewerbs eine Bevölkerungsdichte von 200 Einwohnern je Hektar vorgesehen. Der Ortschaftsrat sprach sich jedoch für eine geringere Dichte aus. Aufgrund auch stadtplanerischer Akzente ist der Entwurf so nun angepasst worden, dass eine angemessene Dichte von rund 160 Einwohnern pro Hektar erreicht werden sollen. Im neuen Viertel beträgt dann der Zuwachs rund 2670 Bürgerinnen und Bürger. Auch das Thema Mobilität ist modifiziert worden. Es wird unter anderem keine übergeordneten Erschließungsstraßen geben.

Die Linie 3 der Straßenbahn soll mit einer zentralen Haltestelle in der „Lebendigen Mitte“ mit dem Platz „Neureuter Terrasse“ verlängert werden, an dem Cafés, Geschäfte und Dienstleistungen sich ansiedeln können.

Die fünf Einzelbereiche des neuen Stadtquartiers stellt Lorenz ebenfalls detailliert dar:

Das zentrale Gebiet:

*Lebendige Mitte + Neureuter Terrasse*

- Einzelhandel/Nahversorgung
- Café/Dienstleistungen
- Service- und Pflegewohnen
- Kindertagesstätte
- Haltestelle der verlängerten Tram 3
- > zentraler Platz  
(Treffpunkt, Blickbeziehungen,  
Sitzmöglichkeiten)

*Waldquartier + Nord-Süd-Boulevard*

- Neubau Hallenbad (auf Festplatz)
- Grundschule
- evtl. weitere öffentliche Nutzungen
- Erhalt wertvoller Baumbestand
- Quartiersgarage (autoarmes Quartier)
- punktförmige Stadtvillen
- Baugruppen möglich
- > Grünverbindung als Sport-/Spielband  
(Spielplätze, kleine Sportfelder, Fitnessgeräte, neue Feldgehölze, breite Rad-/Fußwege)

*Gärtnerei-Quartier + Parkallee*

- Anpassung an vorhandene Bebauung in Höhe und Wohntypologie
- Zuordnung von kleinen privaten Gärten
- reines Wohnquartier
- Quartiersplatz
- > grüne Verbindung zwischen neuem Freiraum und Altem Friedhof/Ortskern (Baumallee, Platz als Verknüpfung zwischen Alt und Neu)

*Parkquartier + Grünes Zimmer*

- geschlossene Bauweise zu Querallee
- Öffnung zu Landschaftsraum (Punkthäuser)
- Anpassung an vorhandene Bebauung in Höhe und Wohntypologie
- überwiegend Geschosswohnungsbau
- Studentisches Wohnen + Mobilitätsstation
- > kleine Parkanlage zwischen Teilquartieren (Wiese mit Baumgruppen, nutzungs offen)

*Galeriequartier + Offenland*

- geschlossene Bauweise zu Spöcker Straße (BNN)
- Öffnung zu Landschaftsraum (Punkthäuser)
- schmale Innenhöfe mit Blick in Landschaft + Pocket Parks
- Mix aus verschiedenen Gebäudetypologien
- südlicher Abschluss: Vorbehalt für mögliche öffentliche Nutzung
- > Offener Landschaftsraum mit weitem Blick nach Süden (extensive urbane Landwirtschaft / Wiesen, Grabeland, Erhalt/Ersatz von Biotopstrukturen, Erhalt der offenen Feldflur)

Zudem, so Lorenz, stehe für das ganze Gebiet das große Kapitel „Umlegung“ an. Es werde noch viele Gespräche geben, bis man zu einem guten Abschluss komme, unterstreicht sie.

Ein möglicher erster Bauabschnitt könnte im Bereich des Waldquartiers liegen.

Als Ausblick/weiteres Vorgehen wird angeführt:

- Bebauungsplan-Verfahren
- möglicher/denkbarer erster Bauabschnitt
- Umlegungsverfahren

Nach ihrem Vortrag gibt es die Möglichkeit, für detaillierte Fragenstellungen, von der einzelne Ortschaftsräte bzw. Ortschaftsrätinnen Gebrauch machen. So betreffen beispielsweise Fragen von **Ortschaftsrat Dieter König**, Parkmöglichkeiten mit Doppelparkern oder auch Entwässerung.

**Ortschaftsrat Rouven Stolz** erfährt auf seine entsprechende Frage, dass es erst nach dem Abschluss des Bebauungsplanverfahrens an die einzelnen Grundstücke

gehe. Damit wird Baurecht geschaffen. Es gibt zudem noch Hinweise zum Umlegungsverfahren mit den Eigentümern.

In den sich anschließenden Stellungnahmen der Fraktionen danken sie alle für die detaillierte Vorstellung. Dabei wird unter anderem betont, dass Bauten wie Kitas, Schulen und das neue Hallenbad vorrangig umgesetzt werden sollen.

**Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht** weist darauf hin, man habe sich gewünscht, dass der vorhandene Siedlungscharakter von Neureut mit Ein- und Zweifamilienhäusern weitergeführt werden sollte.

Jedoch sehe man auch den städtebaulichen Bedarf für ganz Karlsruhe und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für die Bürgerinnen und Bürger von Neureut und Karlsruhe. Deshalb habe man sich mit dem Rahmenplan angefreundet und sehe eine ganz große Chance, für Neureut etwas weiterzuentwickeln. Die sozialen Infrastrukturen sollten dabei rechtzeitig für Neureut weiterentwickelt werden, untermauert er.

Es sei unabdingbar - bei einem Bevölkerungszuwachs von über 2600 Menschen -, soziale Einrichtungen wie Schulen, Kitas und Altersheime vorrangig zu bearbeiten und im Bebauungsplan umzusetzen – dabei führte er unter anderem den Sanierungsstau bei der Nordschule an. Ein Schulneubau sei zwingend notwendig. Auch das lang gepflegte Thema „Hallenbad“ sollte in diesem Gebiet aufgenommen und realisiert werden. Ebenso sei an die ältere Generation mit weiteren Seniorenzentren zu denken und Kindertageseinrichtungen dürften auch nicht zu kurz kommen, um den entstehenden Bedarf zu decken. Wünschenswert sei im zukünftigen Verfahren, dass das Umlegungsverfahren mit innovativen Formen voranzuführen sei. Er sprach weiter den dringenden Bedarf an, die Parkplatzsituation in dem Quartier zu regeln.

Grundsätzlich stimme die CDU-Fraktion dem Rahmenplan zu und freue sich, den weiteren Prozess begleiten zu können.

**Fraktionsvorsitzender Hubert Kast** dankt allen Beteiligten für den sehr gelungenen Rahmenplan, der den Grünen gut gefalle. Er stelle einen weiteren Schritt in Richtung urbanes Wohnen dar - Neureut sei ein Stadtteil von Karlsruhe!

Vorzufinden sei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Bebauung und Freiflächen. Die Anpassung der Höhe des Plangebietes orientiere sich an der bestehenden Bebauung – es sei eine sehr schöne ästhetische Planung.

Freiflächen seien wichtig, deshalb sei in die Höhe zu bauen sinnvoll, meint Kast. Wie vorgestellt, werden 1/3 der Gebäude bis zu sechsgeschossig werden. Weil man den Wohnraum brauche, werden dies die Grünen mittragen. Wie auch sein Vorredner möchte er, dass die Infrastruktureinrichtungen vorrangig geplant und gebaut werden. Diese Einrichtungen sollen großzügig dimensioniert werden, auch um den seiner Meinung nach bereits vorhandenen, teilweisen Mangel, auszugleichen.

Auch die Grünen- Fraktion wünsche eine Durchmischung der dortigen Bevölkerungsstrukturen. Er fordert auch für die vielen, kleinen Grundstücke neue, innovative Wege der Umlegung. Nicht für jeden werde es ein kleines Gärtchen mit einem Häuschen geben können, wie dies vor 30 Jahren angedacht gewesen sei. Es könnten jedoch auch schöne Eigentumswohnungen realisiert werden, in den oberen Etagen mit Fernblick sowie Tiefgaragen.

Zum Thema Tiefgaragen finde es seine Fraktion gut, dass das neue Quartier so geplant werde, dass der motorisierte Individualverkehr dadurch verschwunden sei. Die Tiefgaragen werden angefahren und der Rest des Weges könne zu Fuß zurückgelegt werden. Es sei auch genügend Platz für (Lasten-)fahrräder vorhanden. Insgesamt hoffe seine Fraktion nun, dass es zügig weitergehe!

**Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber** erinnert einleitend, **Stadt- und Ortschaftsrätin Irene Moser** sowie sie seien im Wettbewerbsverfahren als Sachpreisrichter bzw. Vertreter unmittelbar beteiligt gewesen. Der Rahmenplan, der nun verabschiedet werde, sei bereits sehr detailliert, auch mit den Überarbeitungen. Einige Anregungen und Ideen für das kommende Umlegungs- und Bebauungsplanverfahren seien von ihrer Fraktion eingebracht worden. Rohrhuber urteilt, beim Rahmenplan sei sehr geglückt, dass er die angrenzende Bebauung gut aufnehme. Ihrer Fraktion gut gefallen habe auch das große, vielfältige Grünkonzept, welches der Entwurf beinhalte – vor allem die trichterförmige Öffnung nach Süden. Im Hinblick auf die künftige Höhenentwicklung sollten nicht nur Stockwerke festgesetzt, sondern auch im Bebauungsplan feste maximale Wand-, Trauf – und Firsthöhen festgelegt werden, um eventuell mit der Anzahl der Stockwerke noch etwas spielen zu können.

Zudem erwähnte sie eine Idee des ehemaligen Sozialdezernenten und jetzigen **Ortschaftsrats Harald Denecken**, der einen Abschluss städtebaulicher Verträge mit Investoren/Bauträgern vorschlägt, dass pro qm verkaufter Wohnfläche ein Betrag in eine Verbrauchsstiftung o.ä. einzubezahlen ist, für soziale, kulturelle und sportliche Aktivitäten im Neubaugebiet. Eine Verpflichtung der Bauträger, in den notariellen

Verkaufsverträgen zu vereinbaren, dass die Wohnungseigentümergeinschaften laufende Beiträge in die Stiftung leisten. Somit solle zu einer funktionierenden Integration innerhalb des Quartiers beigetragen werden.

Bei den Dachflächen werden vor allem Flachdächer kommen, bei denen Begrünung vorgesehen sei. Hier ziele ein Vorschlag des Oberbürgermeisters, so die Fraktionsvorsitzende, darauf hin, die Dachflächen zumindest teilweise als Dachgärten zu gestalten. Diese sollen, so ein Gedanke, dann der Allgemeinheit und nicht nur den Penthousebesitzern zur Verfügung gestellt werden. Weitere Ideen ihrer Fraktion betreffen energetische ressourcenschonende Vorgaben, Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden etc. Wichtig sei ihrer Fraktion auch das Mikroklima, was jedoch bereits beim Rahmenplan Berücksichtigung finde. So solle auf dem Nord-Süd-Boulevard beispielsweise eine Wasserfläche zum Spielen vorgefunden werden können. Bei einem so starken Bevölkerungszuwachs, so die SPD- Politikerin, solle unbedingt eine Sporthalle vorgesehen werden, denn die bestehenden Sport- bzw. Turnhallen werden nicht ausreichen. Auch alternative Wohnformen, Einrichtungen für Ältere und Behinderte seien ihrer Fraktion wichtig. Unbedingt wünsche man sich im Dienstleistungszentrum therapeutische Einrichtungen und Ärzte! Das „Trafohäusle“ sollte wegen seiner integrierenden Funktion, ebenfalls erhalten bleiben.

Ihre Fraktion wünsche sich eine gute Durchmischung des neuen Viertels, ergänzte Rohrhuber. Die Höhe der Stellplatzverordnung werde noch eine heiße Diskussion geben, ist sie sich sicher. Man finde, es gebe Gebäude, wo man nicht so viele Stellplätze benötige, wie beispielsweise bei Senioren- oder Studentenwohnungen.

In seiner Stellungnahme betont **Fraktionsvorsitzender Ole Reher**, dass das neue Wohngebiet Zentrum III das Gesicht von Neureut für immer verändern und prägen werde. Die FDP-Neureut begrüße den Siegerentwurf dieses Baugebietes – so wie sie die neuen Bürger mit einem gut durchdachten und für die Zukunft gerüsteten Ortsteil begrüßen wollen. Gerade der Neubau des Hallenbades oder der neuen Schule sowie weitere Infrastrukturmaßnahmen wären hier schnellstmöglich umzusetzen und bevorzugt zu planen.

So werden seine Fraktion den moderaten und punktuellen Erhöhungen einzelner Baustrukturen zustimmen und sollten sich daraus leichte Erhöhungen der Einwohnerzahlen ergeben, werde sie ebenfalls nicht dagegen stimmen, gibt er bekannt. Aber gerade diese beiden Punkte müssen in einem sehr gesunden Verhältnis zu den ursprünglichen Gedanken stehen, die anfangs des Prozederes

erklärt wurden. Zudem unterstreicht er, man sei sich sicher, dass die Planer, wenn sie sich an den Siegerentwurf halten und nur leicht in die Baustrukturen eingreifen, ein vernünftiges Ergebnis erarbeiten werden. Hier sehe die FDP-Ortschaftsratsfraktion durchaus z.B. eine sechsgeschossige Bauweise im Galerie- und Parkquartier. Vielleicht nehmen die Planer in ihre Konzeptplanungen die sogenannte „Smart City“ Konzeption mit auf, um den neuen Ortsteil zukunftsorientiert an den Start zu bringen. Ihre Ideen und Vorschläge, die bereits heute vorliegen, werde die FDP bei der Erstellung des Bebauungsplans mit einbringen. Die FDP-Neureut stimmt dem Rahmenplan unter Berücksichtigung der Punkte, die das Arbeitspapier der Ortsverwaltung, beinhaltet zu. Man gehe davon aus, dass aufgrund der kurzen Vorstellung zu Diskussionsmöglichkeiten im Vorfeld, zu gegebener Zeit umfassende Erklärungen und Erläuterungen durch die Fachämter und die Verwaltung erhalten werden, so Reher abschließend.

Zudem erläuterte der Vorsitzende noch, dass der Gemeinderat am 30. Juni den Beschluss zum Rahmenplan fassen werde.

Daneben werde der Gemeinderat, so der Vorsitzende besonders an die Zuhörenden in der Badnerlandhalle gewandt, am 30.06.2020 die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB einleiten. Diese wäre wegen des zu erwartenden erheblichen öffentlichen Interesses normalerweise in Form einer Bürgerversammlung durchzuführen. Da aufgrund der Pandemie solche Veranstaltungen wohl bis auf weiteres nicht möglich sind, soll diese ersatzweise in Form einer erweiterten Darlegung im Amtsblatt der Stadt Karlsruhe durchgeführt werden. Dies bedeutete im Einzelnen: Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung mit Auszug aus der Begründung zum Bebauungsplan, Möglichkeit der Einsichtnahme in die Planunterlagen über Internet, beim Stadtplanungsamt und bei der Ortsverwaltung Neureut. Sowohl im Internet als auch beim Stadtplanungsamt (wenn möglich auch bei der Ortsverwaltung Neureut) wird ein sprachlich unterlegter Power-Point-Vortrag zur Verfügung gestellt, bei dem die Planung der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Im Stadtplanungsamt besteht auch die Möglichkeit, sich die Planung erläutern zu lassen. Sowohl im Internet, als auch beim Stadtplanungsamt und bei der Ortsverwaltung Neureut können innerhalb von zwei Wochen Anregungen und Einwendungen zur Planung abgegeben werden.

Es kommt bei einer Enthaltung mehrheitlich zum

**Beschluss:**

Der Ortschaftsrat stimmt dem Städtebaulichen Rahmenplan „Neureut Zentrum III“ sowie der Einleitung des Bebauungsplanverfahrens zu.

**Zu Punkt 2 der T.O.:**

**Standortbewertung Geothermiekraftanlage**

- **Vorstellung durch die Deutsche Erdwärme und das Stadtplanungsamt**
- **Positionierung Ortschaftsrat und Aufsuchungsstandort Tiefe Geothermie**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende **Viola Schruff** vom **Stadtplanungsamt** sowie **Dr. Dipl. Ing. Sebastian Homuth** von der **Deutschen Erdwärme** herzlich.

Geothermie sei eine Thematik, die in weiten Teilen der Bevölkerung zuerst einmal Skepsis, Vorbehalte und Vorurteile auslöse, macht der Vorsitzende zu Beginn deutlich. Deshalb spricht er der Deutschen Erdwärme GmbH, stellvertretenden Roman Link, seinen Dank für eine offene, transparente und kommunikative Zusammenarbeit aus. Der Neureuter Ortschaftsrat habe unvoreingenommen, offen und gesprächsbereit sich intensiv mit dem Thema befasst. Die Deutsche Erdwärme hatte dem Ortschaftsrat ihr Projekt vorgestellt und erläutert. Darüber hinaus hatte sich das Gremium von Prof. Schilling vom KIT fachlich und professionell die Thematik erklären lassen. Dies führte dazu, dass eine offene – ohne Vorbehalte – geführte Beratung im Rat erfolgen konnte. Zum Bedauern des Ortschaftsrates habe jedoch der zwischenzeitlich von der Stadtverwaltung präferierte Standortvorschlag Nr. 5 (unmittelbar neben dem Neureuter Hauptfriedhof) zu einem allgemeinen negativen Stimmungsbild beigetragen. Eine Begründung, warum dieser Standort für uns Neureuter vollkommen indiskutabel ist, will sich der Vorsitzende an dieser Stelle ersparen. Die Standortvorschläge und deren Beurteilung basierten natürlich nur aus deren fachspezifischer Sicht, betont er. Die heutige Beurteilung der Standortvorschläge erfolge aus der Sicht eines politischen Gremiums, das von 15 000 wahlberechtigten Einwohnern gewählt wurde. Diese Volksvertreter haben die Belange und Bedürfnisse der Neureuter Einwohnerinnen und Einwohner zu vertreten.

Unabhängig von den Statements des Ortschaftsrates zum allgemeinen Thema Geothermie in Neureut und der Beschlussfassung über einen vom Ortschaftsrat bevorzugten Standort, werden Ortschaftsrat/Ortsverwaltung der Deutschen Erdwärme eine Auflistung der Fraktionen mit Themenschwerpunkten überreichen, die in einen „Letter of Intend“ (Absichtserklärung) münden sollten.

Von der Deutschen Erdwärme stellt Projektleiter **Dr. Dipl. Ing. Sebastian Homuth** sich nach seinem Vortrag zum Projekt den vielfältigen Fragen und Anregungen aus den Reihen des Ortschaftsrates. Dabei soll in Neureut in rund 4 Kilometer Tiefe nach Thermalwasser von 190 – 200 Grad gebohrt werden. Dr. Homuth erklärt dazu unter anderem die einzigartige geologische Situation der Region Oberrhein, stellte die Deutsche Erdwärme vor mit einem erfahrenen Team, finanziert von einem skandinavischen Investmentfond.

Zudem gab er Einblick in Projektphasen, Kriterien für die Standortwahl, Bewertung der Standorte. Auch stellte er die konkrete Einbindung von Bürger und Gemeinde vor, mit den angedachten Modulen für eine Projektgruppe. Das Projekt Neureut sei so ausgelegt, dass es sowohl Strom als auch Wärme produzieren könne.

Im Karlsruher Klimaschutzkonzept 2030 sei die Tiefengeothermie aufgenommen, freut sich Dr. Homuth.

Die Deutsche ErdWärme GmbH hat eine bergrechtliche Aufsuchungserlaubnis für den Raum Karlsruhe, um Thermalwasservorkommen zu suchen. Bei diesem Vorhaben handelt es sich um Tiefengeothermie, was bedeutet, dass Bohrungen mit einer Tiefe von mehreren Kilometern (in Karlsruhe etwa 4.000-5.000 Meter) durchgeführt werden. Dieses Verfahren unterscheidet sich grundsätzlich von dem, welches in Staufen im Breisgau angewendet worden ist. Hier wurden oberflächennahe Bohrungen (bis 140 m Tiefe) durchgeführt, die ein Aufquellen von Anhydritschichten (Anhydrit = wasserfreier, dehydrierter Gips; dieser kam in Kontakt mit Grundwasser und verursachte Quellung) zur Folge hatten. Dies kann bei der Tiefengeothermie nicht geschehen, da hier sehr hohe Sicherheitsstandards der Öl- und Gasindustrie angewendet werden müssen. Zudem befinden sich möglicherweise zur Quellung neigende Anhydritschichten im Raum Karlsruhe in sehr großer Tiefe (über 1,5 km). Der erhöhte Überlagerungsdruck verhindert somit entsprechende Effekte an der Oberfläche.

Für die Errichtung einer Geothermiekraftanlage werden Flächen in einer Größe von etwa 2,5 ha benötigt. Nach der Fertigstellung ist eine Fläche von etwa 2 ha dauerhaft für die Gewinnung von Geothermie erforderlich.

Während der Bohrphase sind der Bohrturm (60 m hoch) und Testbecken die oberirdisch sichtbaren baulichen Elemente. In der Betriebsphase wird der Bohrturm nicht mehr zu sehen sein. Dafür werden als bauliche Anlagen ein Betriebsgebäude, der Kraftwerkskörper sowie die Luftkühleranlage (Ständerbauweise) oberirdisch zu sehen sein. Dabei ist zu beachten, dass die Maße der baulichen Anlagen wesentlich von den Ergebnissen der Bohrung abhängen und erst zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt werden.

**Viola Schruff** vom **Stadtplanungsamt** stellt die von den städtischen Fachämtern untersuchten Flächen vor und erklärte die jeweiligen Bedingungen, Vor- und Nachteile der Standorte. Demnach sind sieben Standorte untersucht, von denen 6 weiterführend betrachtet wurden.

Standort Nr. 1: Gottesauer Feld  
Standort Nr. 2: nördlich B36  
Standort Nr. 3: südlich B36  
Standort Nr. 4: westlich L605  
Standort Nr. 5: nördlich Hauptfriedhof  
Standort Nr. 6: nördlich Kirchfeld

Hierzu erfolgen Details unter anderem zu Lage, Altlasten, Ökologie, Bodenbeschaffenheit, Eigentumsverhältnissen, Vorliegen von Schadenfall, Flächennutzungs- und Landschaftsplan.

Unter den ggf. in Anspruch zu nehmenden Freiflächen 1 bis 7 hat die Fläche 4 die größte geologische Eignung aufzeigt und damit von der Deutschen Erdwärme als erste Priorität gesehen wird. Die Fläche befindet sich zu etwa  $\frac{3}{4}$  in städtischem Eigentum. Dadurch können mit der Deutschen ErdWärme GmbH vertragliche Vereinbarungen getroffen werden, die eine gute Einbindung und auch sonstige Maßnahmen zur Eindämmung etwaiger negativer Auswirkungen beinhalten. Aus ökologischer Sicht ist diese Fläche jedoch wenig geeignet. Neben wertvollen Böden sind hier geschützte Biotope vorhanden. Des Weiteren ist die Fläche als geplante Kompensationsfläche für das Gewerbegebiet Gottesauer Feld vorgesehen. Die zentrale Lage im Freiraumkorridor spricht ebenfalls gegen diesen Standort. Aus den genannten Gründen sprechen sich der Umwelt- und Arbeitsschutz und das Gartenbauamt gegen diese Fläche aus.

Für den Standort Nr.1 stellt der derzeit gültige Flächennutzungsplan eine der letzten größeren zusammenhängenden geplanten gewerblichen Baufläche (etwa 18,7 ha) für die Stadt Karlsruhe dar. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt Karlsruhe diesbezüglich ein Defizit von rund 13 ha hat, ist die Inanspruchnahme dieser Fläche aus Sicht der Wirtschaftsförderung sowie des Stadtplanungsamtes stark zu hinterfragen. Die Fläche befindet sich zu 100% in städtischem Eigentum, wodurch auch bei dieser Fläche vertragliche Vereinbarungen getroffen werden, die eine gute Einbindung und auch sonstige Maßnahmen zur Eindämmung etwaiger negativer Auswirkungen beinhalten. Aus geologischer Sicht ist die Fläche grundsätzlich geeignet.

Der Standort Nr. 6 „nördlich Kirchfeld“ wird derzeit landwirtschaftlich genutzt. Im Flächennutzungsplan 2010, 5. Aktualisierung wird hier Fläche für Landwirtschaft dargestellt.

Die unmittelbare Nähe zum Kasernenstandort sowie die hohe Wertigkeit des Bodens und vorhandene Biotopstrukturen sprechen gegen eine Inanspruchnahme durch eine Geothermiekraftanlage. Ferner liegt hier ein sanierter Schadensfall mit Restverunreinigungen vor. Eingriffe in das oberflächennahe Grundwasser können Schadstoffmobilisierungen hervorrufen. Der Standort ist geologisch nicht so geeignet wie die Standorte 3-5, lautet hier die Beurteilung.

Die Standortfrage Geothermie sei ein wichtiges, aber auch emotionales Thema, macht **Ortschaftsrat Detlef Hofmann** bei der Diskussion deutlich. Das Thema werde Neureut polarisieren. Es sei nicht so einfach, wie es hier dargestellt werde. Denn die Wertung der Standorte sei, wie bereits von Ortsvorsteher Achim Weinbrecht verdeutlicht, lediglich eine fachspezifische. Der Ortschaftsrat sei der gewählte Vertreter der Bürgerschaft und müsse auch die Belange der Bürger miteinbeziehen.

Nur die ökologischen und wirtschaftlichen Gründe in den Vordergrund zu stellen, genüge nicht. Wo sind die Bürger, die dort teilweise ihr Eigenheim haben, fragt Hofmann. Die Bürger werden als letzte berücksichtigt, so habe er den Vortrag wahrgenommen. Grundsätzlich sehe die CDU-Fraktion Geothermie als zukunftsweisende, langfristig nutzbare Energiequelle an – das stehe außer Frage, um die Energiewende weg von fossilen Brennstoffen langfristig zu gewährleisten – hier sei man sich sicherlich einig. Allerdings stehe dem gegenüber, dass man nicht wisse, was man unten vorfinde. Eine verlässliche Bewertung der Risiken der

Tiefengeothermie im tektonisch schwierigen Bereich des Oberrheingrabens sei nur sehr schwer möglich. Er führte auch als Beispiele Staufen oder Landau an, wo unvorhergesehene Störfälle aufgetreten sind. Er könne aufgrund der Sachlage und als Interessenvertreter der Bürger von Neureut nicht guten Gewissens empfehlen, dies hier so nah an einer Wohnbebauung (180 – 300 Meter) durchzuführen. Der Schutz der Bürger vor Risiken sei wichtiger als die Diskussion über Ökologie und Altlasten. Die nur rund 180 Meter Abstand zur Wohnbebauung bei Standort 1 könne dem Bürger nicht zugemutet werden. Man könne der Standortbewertung so auf keinen Fall zustimmen, unterstich er. Es müssten die Voraussetzungen stimmen, Die Deutsche Erdwärme habe noch kein Projekt in dieser Größenordnung und des Ausmaßes im Bereich Geothermie bisher gemacht.

Standort 1 lehne seine Fraktion klar ab, da er sich 180 Meter von der Wohnbebauung entfernt befinde. Das könne den Bürgerinnen und Bürgern nicht zugemutet werden. Grundsätzlich stehe man der Technologie aufgeschlossen gegenüber, aber die Voraussetzungen müssen klar stimmen. Es müsse ein erfahrener Bauherr und Betreiber vorhanden sein, der solch ein Projekt bereits durchgezogen habe und der Standort sich soweit wie möglich von einer Wohnbebauung befinden. Ein Standort 6 oder 2 sei deutlich besser, so Hofmann.

Standort 1 werde von seiner Fraktion ganz klar abgelehnt.

**Vorsitzender Hubert Kast** sieht für seine Fraktion als Negatives auch das Risiko für die Bürger – deshalb müsse man sie hier mitnehmen. Er wies in diesem Zusammenhang auf die von der Deutschen Erdwärme vorgesehenen Veranstaltungen hin, um zu erklären, dass hoffentlich nichts passiere.

Man sei für einen Standort weit weg von der Wohnbebauung, auch damit die Menschen nachts ihre Ruhe haben.

Erhebliche Bauschmerzen, so **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohhuber**, habe ihr das Thema bereitet. Und zwar wegen der dichten Standorte in Neureut an der Bebauung könne sie dies nicht akzeptieren. Ihre Fraktion habe sich nun für Standort 6 durchgerungen, wobei hier der Grundwasserschutz oberste Priorität genießen müsse, vor allem im Hinblick auf die nahegelegenen Trinkwasserbrunnen im Hardtwald. Standort 1 komme für ihre Fraktion wegen der geringen Entfernung zur Bebauung nicht in Frage. Auch könne noch eine Veränderung von Standort 4, der näher an die B 36 angeschlossen werde, geprüft werden.

Momentan sei ihre Fraktion für Standort 6, wenn das Grundwasser nicht kontaminiert werde, bekräftigte sie. Auch Schallschutzmaßnahmen sollten Beachtung finden.

**Fraktionsvorsitzender Ole Reher** führt aus, dass die FDP-Fraktion Neureut dem Thema Geothermie positiv gegenüber stehe und sich auch bewusst sei, wie wichtig es ist, in solche nachhaltigen Formen der Energiegewinnung zu investieren. Aber auch dieses für seine Fraktion noch relativ unbekanntes Thema bedarf größter Aufmerksamkeit und bestmögliche Begleitung. In dem von der Verwaltung erstellten Arbeitspapier stehen schon einige Punkte, die die FDP-Ortschaftsratsfraktion für wichtig halte, diese aber gerne um einige Punkte ergänzen würde. Der FDP-Neureut sei es aber z.B. sehr wichtig, dass die ausführende Fa. Deutsche Erdwärme einen Partner oder Beirat aus den Reihen der Stadt Karlsruhe bekomme. Es sei schon möglich, dass auch die Stadt Karlsruhe keine Geothermieexperten hat, aber eventuell hätte man ein Kontrollorgan installiert, das jederzeit auch einmal einen externen Gutachter zu Rate ziehen könnte. Zum Standort präferiert auch die FDP-Fraktion Standort 6, der im Nordosten von Neureut und hinter dem Bundeswehrmateriallager liegt. Im Rücken des Materiallagers seien 12 Meter hohe Kühltürme besser vorstellbar als auf dem Weg nach Eggenstein – beim Standort 1. Die FDP-Neureut stimmt dem Standort 1 nicht zu und schlägt Standort 6 vor.

Zur Verdeutlichung erläutert der Vorsitzende nochmals abschließend, dass die Deutsche Erdwärme eine Genehmigung zur Aufsuchung von Geothermie habe. Daran sei – auch durch ein politisches Gremium – nicht zu rütteln. Wenn die Deutsche Erdwärme ein Grundstück bzw. einen Grundstückseigentümer finde, der es erlaube, gebe es keine politische Möglichkeit, dies zu verhindern, auch wenn man es wollte. Deshalb sei hier auch nur ein politisches Statement abgegeben worden. Weinbrecht stellte auch fest, dass die Deutsche Erdwärme einen Ausgleich bzw. Einvernehmen mit der Behörde, mit der Kommune und mit den Bürgern suche. Dies bitte er, dankend anzuerkennen!

Es werde keine Abstimmung bezüglich der grundsätzlichen Bewertung Geothermie in Neureut ja oder nein erfolgen, so der Vorsitzende nach einer vorherigen Beratung. Insgesamt, so resümiert der Vorsitzende, sei jedoch grundsätzlich Zustimmung durch die entsprechenden Statements zum Thema Geothermie zu erfahren.

Es erfolgen, orientiert an den für den Planungsausschuss vorliegenden Unterlagen,

**die Abstimmungen/Beschlüsse:**

Der Ortschaftsrat ist für Standort 1 - einstimmig abgelehnt

Der Ortschaftsrat kann sich Standort 6 mehrheitlich vorstellen.

**Zu Punkt 3 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung**

Zu diesem TOP gibt es keine Meldungen!

**Zu Punkt 4 der T.O.: Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat**

**4.1**

**Ortschaftsrätin Barbara Rohrhuber** bedankt sich dafür, dass im Zuge der „Corona-Bearbeitungen“ der digitale Bürgerservice nach vorne gekommen sei. Anfang März sei von ihrer Fraktion dem Ortsvorsteher ein entsprechender Entwurf vorgestellt worden. Dies sei dann allerdings nicht weiterverfolgt worden, da sich durch Corona alles anders entwickelt habe. Mittlerweile habe man in den „Neureuter Nachrichten“ lesen könne, was alles möglich sei, was auch im Interesse der Bürger sei.

---

Der Vorsitzende

---

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: